



© Adobe Stock / 1887986753

KI-Wahlbausteine zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2026

Autor:innen

Jaimee Lau

Dr. Wolfgang Fischer

Demian Niemeyer

Inhaltsverzeichnis

Hinweis	3
1. Ausgangslage des KI-Standortes Baden-Württemberg	4
2. Thematische Analyse der Wahlprogramme	6
2.1 Wirtschaft und Innovation	6
2.2 Öffentliche Verwaltung	7
2.3 Ökosysteme und Reallabore	9
2.4 Bildung und Forschung	11
3. Handlungsempfehlungen für eine vertrauenswürdige KI-Politik in Baden-Württemberg	13
Über die Autor:innen	15
Über das appliedAI Institute for Europe	16
Impressum	17

Hinweis

Das appliedAI Institute for Europe ist eine gemeinnützige, unabhängige Organisation. Die vorliegende Publikation verfolgt keinen parteipolitischen Zweck und stellt keine Bewertung einzelner Parteien dar. Sie ist als strategische und evidenzbasierte Orientierungshilfe entlang zentraler Themenfelder im Bereich KI-Politik zu verstehen.

Die Auswertung basiert ausschließlich auf den zum Zeitpunkt der Analyse veröffentlichten Wahlprogrammen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, AfD und Die Linke zur Landtagswahl in Baden-Württemberg am 8. März 2026. Berücksichtigt wurden die Parteien, die in repräsentativen Umfragen seit Januar 2026 oberhalb der Fünf-Prozent-Hürde lagen.

Die Analyse beschränkt sich auf die in den Programmen dokumentierten Aussagen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit hinsichtlich darüber hinausgehender politischer Positionierungen oder möglicher späterer programmatischer Änderungen.

Ausgangslage des KI-Standortes Baden-Württemberg

Die Landtagswahl in Baden-Württemberg am 8. März 2026 fällt in eine Phase technologischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungsprozesse, die wesentlich durch Fortschritte im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) geprägt sind. In der vergangenen Legislaturperiode hat sich KI zu einer Schlüsseltechnologie entwickelt, die Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Alltag in wachsendem Maße prägt. Mit dem Einsatz von KI sind große Innovationspotenziale verbunden, zugleich entstehen neue Herausforderungen für Arbeitsmärkte, demokratische Strukturen, soziale Teilhabe und ökologische Nachhaltigkeit. Die kommende Legislaturperiode bietet die Chance, auf bereits erzielten Meilensteinen aufzubauen und KI als wesentlichen Faktor für die Positionierung des Landes innerhalb des globalen Innovationswettbewerbs zu festigen.

Baden-Württemberg geht dabei mit vergleichsweise starken Ausgangsbedingungen in die nächste Legislaturperiode: Das Bundesland zählt zu den forschungsstärksten und innovationsintensivsten Regionen Europas und ist Heimat großer Leitindustrien wie Automobilbau, Maschinenbau und Elektrotechnik sowie eines dichten Netzes von führenden Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Die Transformation hin zu klimaneutralen, digitalen und KI-gestützten Wertschöpfungsketten entscheidet wesentlich über die Zukunftsfähigkeit des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts. Zugleich steht die Landespolitik vor der Aufgabe, die öffentliche Verwaltung, das Bildungssystem und gemeinwohlorientierte Akteure so zu befähigen, dass KI-Anwendungen auch dort wirksam und verantwortungsvoll eingesetzt werden können.

Vor diesem Hintergrund ist KI-Politik keine isolierte Einzelmaßnahme, sondern eine ressortübergreifende Gestaltungsaufgabe. Entscheidend für die nächste Legislaturperiode wird sein, ob es gelingt, Forschung, Pilotprojekte und bestehende Innovationsökosysteme systematisch in skalierbare und nachhaltige Anwendungen zu überführen. Dabei kommt der Stärkung digitaler Souveränität ebenso eine zentrale Bedeutung zu wie der Etablierung von Prinzipien wie Transparenz, Sicherheit und Fairness. Die zukünftige Landesregierung hat demnach die Möglichkeit, KI aktiv im Sinne des Gemeinwohls zu gestalten.

Strategischer Rahmen der Landesregierung: digital.LÄND und KI-Schwerpunktsetzung

Der strategische Überbau der Landespolitik ist die Digitalisierungsstrategie digital.LÄND¹ als Weiterentwicklung der früheren Strategie digital@bw.² Sie versteht Digitalisierung als gestaltbaren Prozess und zielt darauf ab, Baden-Württemberg als „Leitregion des digitalen Wandels“ zu stärken. Die Strategie betont übergeordnete Ziele wie Wohlstand und Innovation, Nachhaltigkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und digitale Souveränität.

KI wird darin als prioritäres Zukunftsfeld eingeordnet. Ergänzend liegt ein landesspezifisches Positionspapier³ zur Künstlichen Intelligenz vor, das Baden-Württemberg als Vorreiter positioniert und Leitlinien für die Weiterentwicklung des Standorts formuliert. Dazu zählen insbesondere der Ausbau von KI-Kompetenzen, die Gewinnung von Talenten sowie die Stärkung der Attraktivität Baden-Württembergs für Wissenschaft und Wirtschaft.

Leuchttürme und Ökosysteme: Cyber Valley, IPAI, KI-Allianz, InnoLab_bw und F13

Das Cyber Valley⁴ ist das sichtbarste wissenschaftsgetriebene KI-Ökosystem im Land und wird als europäischer Hotspot für Machine Learning, Robotik und Computer Vision beschrieben. Es verbindet universitäre und außeruniversitäre Forschung sowie Wirtschaftsakteure.

Mit dem Innovation Park Artificial Intelligence (IPAI)⁵ in Heilbronn wird ein zweites, stärker anwendungs- und transferorientiertes Großvorhaben aufgebaut. Der Ministerrat kündigte die Realisierung 2021 an und der Landtag stellte dafür bis zu 50 Millionen Euro Anschubfinanzierung bereit. Die Landesregierung verbindet damit die Erwartung, umfangreiche private Investitionen in unternehmensnahe KI-Anwen-

1 Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg. 2022. digital.LÄND. [Digitalisierungsstrategie der Landesregierung Baden-Württemberg](#).

2 Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg. 2017. digital@bw. [Digitalisierungsstrategie der Landesregierung Baden-Württemberg](#).

3 Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg. 2018. [Auf dem Weg zur Leitregion des digitalen Wandels. Baden-Württemberg geht bei der Künstlichen Intelligenz voran](#).

4 Cyber Valley. [Über uns](#).

5 IPAI. [Über uns](#).

dungen zu mobilisieren. Ziel ist es, KI verstärkt in konkrete Unternehmensanwendungen und produktive Wertschöpfung zu überführen.⁶

Die KI-Allianz Baden-Württemberg ist als flächenwirksames Netzwerk angelegt, das KI-Innovationscluster in verschiedenen Städten und Regionen etabliert, ausbaut und vernetzt. Ein zentraler Baustein ist der Aufbau einer umfassenden Datenplattform, deren Entwicklung mit rund 5,1 Millionen Euro vom Land gefördert wurde. Die KI-Allianz adressiert ein klassisches Umsetzungsproblem: Viele Unternehmen, insbesondere im Mittelstand, verfügen weder über ausreichende Datenzugänge noch über niedrigschwellige Experimentier- und Transferumgebungen. Die Allianzlogik mit mehreren Standorten und einem gemeinsamen Konzept soll genau diese Lücke zwischen Grundlagenwissen, Pilotierung und Anwendung schließen.⁷

Ein weiteres praxisorientiertes Beispiel für den KI-Einsatz in Baden-Württemberg ist das Innovationslabor Baden-Württemberg (InnoLab_bw).⁸ Als interdisziplinäre Plattform innerhalb der Landesregierung verfolgt das InnoLab_bw das Ziel, technologische Innovationen „Made in BW“ agil und ressortübergreifend zu beschleunigen und in konkrete Anwendungen zu überführen. Ein zentrales Projekt ist die KI-Assistenzlösung F13, mit der innovative KI-Anwendungen in der öffentlichen Verwaltung erprobt und nutzbar gemacht werden sollen. Ursprünglich als Prototyp zur textlichen Unterstützung von Verwaltungsaufgaben gestartet, wurde F13 2024 schrittweise in der Landesverwaltung eingeführt und 2025 als Open-Source-Software freigegeben, um datensouveräne KI-Funktionalitäten bundesweit für Behörden, Kommunen und Bildungsplattformen zugänglich zu machen. F13 basiert auf offenen Komponenten, wird im Rechenzentrum des landeseigenen IT-Dienstleisters betrieben und unterstützt unter anderem bei der Zusammenfassung von Dokumenten sowie bei Recherchen. Damit ist das Projekt ein konkretes Beispiel für eine vertrauenswürdige, datenschutzkonforme KI-Nutzung in der öffentlichen Verwaltung und bildet zugleich einen wichtigen Baustein für den Aufbau eines interoperablen KI-Ökosystems.⁹

Über alle Initiativen hinweg zeigt sich ein klares Muster: Das Land investiert gezielt in eine Kombination aus wissenschaftlicher Exzellenz, leistungsfähiger Infrastruktur – etwa in Form von Gebäuden und Clustern – sowie in Strukturen für Transfer und Kooperation, darunter Netzwerke, Datenplattformen und Testumgebungen.

Gleichzeitig bleibt die Skalierung eine zentrale Herausforderung: Viele KI-Projekte verbleiben in Pilotphasen, da eine unzureichende Datenqualität und ein eingeschränkter Datenzugang, der hohe Integrationsaufwand in bestehende IT-Systeme, rechtliche Unsicherheiten sowie fehlende KI-Fachkräfte den Übergang in den Regelbetrieb erschweren.

Governance und „Trustworthy AI“: Vertrauen als Standortfaktor

Ein zweiter Befund betrifft die Legitimität und Akzeptanz von KI. Während der Standortdiskurs häufig auf wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit fokussiert, hängt die tatsächliche Implementierung zunehmend vom gesellschaftlichen Vertrauen ab – etwa im Umgang mit algorithmischen Entscheidungen, sensiblen Daten oder beim Einsatz von KI in Verwaltung und Bildung. In der Landesstrategie wird Digitalisierung daher ausdrücklich auch mit gesellschaftlichem Zusammenhalt und digitaler Souveränität verknüpft. Dies kann als Rahmen für die Entwicklung und Anwendung vertrauenswürdiger KI verstanden werden.

Für die programmatische Debatte zur Landtagswahl 2026 ergibt sich daraus eine zentrale Leitfrage: Wie lässt sich KI so einsetzen, dass sie einerseits Innovation und wirtschaftliche Dynamik stärkt und zugleich Grundrechte, Transparenz und demokratische Kontrolle sichert?

Die Analyse der Ausgangslage zeigt, dass Baden-Württemberg bereits über eine dichte KI-Landschaft verfügt – von Spitzenforschung im Rahmen des Cyber Valleys bis hin zu umfangreichen Anwendungs- und Transferstrukturen wie dem IPAI oder der KI-Allianz. Bei der Analyse der Wahlprogramme ist daher weniger entscheidend, ob KI als Zukunftstechnologie anerkannt wird – darüber besteht weitgehend Konsens –, sondern welche politischen Handlungsfelder priorisiert werden. Dazu zählen insbesondere der Ausbau von Exzellenz und Talentförderung, der Transfer von KI-Anwendungen in den Mittelstand sowie der Aufbau von Datenräumen, die Nutzung öffentlicher Beschaffung und Reallabore als Innovationsinstrumente, der Ausbau von Infrastruktur für Compute, Daten und Cloud sowie die Festlegung verbindlicher Leitplanken für eine vertrauenswürdige KI.

6 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg. 2022. [Innovation Park Artificial Intelligence \(Ipai\) gewinnt weiter an Dynamik](#).

7 Staatsministerium Baden-Württemberg. 2023. [5,1 Millionen Euro für die KI-Allianz Baden-Württemberg](#).

8 Staatsministerium Baden-Württemberg. [Das InnoLab_bw macht Zukunft](#).

9 Staatsministerium Baden-Württemberg. 2023. [Künstliche Intelligenz in der Verwaltung](#).

Thematische Analyse der Wahlprogramme

2.1 Wirtschaft und Innovation

Allgemeine wirtschaftliche Situation

Baden-Württemberg vertritt seit Jahren einen ausgeprägten Innovationsanspruch. Im Innovationsindex 2024 des Statistischen Landesamts belegt das Land mit 76,5 Punkten europaweit den Spitzenplatz.¹⁰ Maßgebliche Treiber sind hohe Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE), ein überdurchschnittlicher Anteil an FuE-Personal, forschungsintensive Industriezweige sowie eine ausgeprägte Patentaktivität. Mit rund 5,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts,¹¹ die in Forschung und Entwicklung fließen, sowie mehr als einem Viertel der gesamtdeutschen FuE-Ausgaben¹² zählt Baden-Württemberg zu den führenden Forschungsregionen Europas.

Forschung und Entwicklung bilden damit eine zentrale Grundlage für neue Produkte, Dienstleistungen und Produktionsprozesse. Vor dem Hintergrund aktueller konjunktureller und struktureller Herausforderungen wird Innovationspolitik zunehmend mit der Stärkung von Produktivität, der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und der Erschließung neuer Wachstumsfelder verknüpft, insbesondere im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Entsprechend setzt das Land gezielte Akzente durch transfer- und anwendungsorientierte Fördermaßnahmen.

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz als Standortfaktoren

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz nehmen in allen Wahlprogrammen zur Landtagswahl 2026 eine zentrale Rolle ein. Über Parteigrenzen hinweg besteht Einigkeit, dass KI entscheidend für die künftige Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs ist. Die Unterschiede liegen weniger im „Ob“, sondern im „Wie“: in Zielsetzung, staatlicher Rolle, Gewichtung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Effekte sowie im Umgang mit Regulierung.

CDU, Grüne und FDP sowie in eingeschränktem Maße auch die SPD verstehen KI als Schlüsseltechnologie für Wachstum und Innovation. KI soll dazu beitragen, bestehende industrielle Stärken des Landes, etwa im Maschinenbau oder der Automobilindustrie, in das digitale Zeitalter zu überführen. Während die CDU und FDP KI primär als Produktivitäts- und Wettbewerbsinstrument begreifen, verfolgen die Grünen einen stärker strategischen Ansatz, der Standortpolitik, Innovationsförderung und nachhaltige Transformation verbindet. Die SPD verortet KI im Kontext einer aktiv gesteuerten Struktur- und Innovationspolitik und betont dabei die Rolle staatlicher Förderung, öffentlicher Forschung sowie regionaler Ausgewogenheit.

KI-Startups und Gründungsdynamiken

Besonders deutlich treten die programmatischen Unterschiede in der Haltung zu KI-Startups und technologiegetriebenen Gründungen hervor. FDP, Grüne und CDU erkennen Startups als zentrale Innovationstreiber an, setzen jedoch unterschiedliche Akzente.

Die FDP sieht KI-Startups als zentralen Innovationsmotor und fordert schnellere Gründungsprozesse, einen besseren Zugang zu Wagniskapital sowie einen Staat, der neue KI-Anwendungen aktiv ermöglicht und erprobt.

Die Grünen verorten KI-Startups stärker in institutionell eingebetteten Innovationsökosystemen, die eng mit Forschung, Hochschulen und öffentlichen Förderstrukturen verzahnt sind und ökologische sowie gesellschaftliche Ziele berücksichtigen.

Die CDU verfolgt eine vermittelnde Linie und versteht KI-Startups vor allem als Teil eines erweiterten Mittelstands, dessen Entwicklung durch Bürokratieabbau und Technologietransfer unterstützt werden soll.

¹⁰ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. 2025. [Innovationsindex 2024: Länder und Regionen im europäischen Vergleich](#).

¹¹ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. [2025. Forschungsintensität in Baden-Württemberg bei 5,7 %](#).

¹² Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg. 2025. [BW bleibt forschungsstärkstes Bundesland - FuE-Intensität bei 5,7 Prozent](#).

Die SPD misst KI-Startups eine geringere eigenständige Bedeutung bei und rückt die soziale Einbettung von Gründungen in den Vordergrund. Öffentliche Förderung soll sicherstellen, dass KI-basierte Geschäftsmodelle gesellschaftlichen Mehrwert schaffen und regionale Ungleichgewichte nicht verstärken.

Die Linke steht rendite- und wachstumsorientierten KI-Startups grundsätzlich skeptisch gegenüber und knüpft staatliche Unterstützung strikt an Gemeinwohl- und Kontrollkriterien.

Die AfD formuliert keine konsistente Strategie zur Förderung von KI-Startups, Gründungen erscheinen eher als Nebenprodukt allgemeiner Wirtschaftsfreiheit.

Rolle des Staates, Regulierung und Leitplanken

Eine zentrale Konfliktlinie verläuft entlang der Frage nach der staatlichen Rolle bei Innovationen. FDP und CDU sehen den Staat primär als Ermöglicher, der durch Bürokratieabbau und verlässliche Rahmenbedingungen unternehmerische Dynamik freisetzt. Grüne und SPD schreiben ihm eine aktiv gestaltende Rolle zu, insbesondere bei der Förderung von Innovationsökosystemen und beim Technologietransfer. Die Linke fordert eine deutlich stärkere demokratische Kontrolle technologischer Entwicklung, während die AfD staatliche und europäische Regulierung weitgehend ablehnt.

Fazit: KI als wirtschaftspolitisches Spannungsfeld zwischen Marktlogik und staatlicher Steuerung

Insgesamt zeigt sich ein breiter Konsens über die Bedeutung von Digitalisierung und KI als wirtschaftliche Schlüsselthemen. Zugleich markieren sie eine klare inhaltliche Trennlinie im Landtagswahlkampf 2026: zwischen marktorientierten Beschleunigungsstrategien, staatlich koordinierter Innovationspolitik und kritisch-regulativen Ansätzen, die technologische Entwicklung primär an sozialen Kriterien messen.

2.2 Öffentliche Verwaltung

KI als zentrales Element der Verwaltungsmodernisierung

Der Einsatz Künstlicher Intelligenz in der öffentlichen Verwaltung hat sich zu einem zentralen Baustein der Staats- und Verwaltungsmodernisierung entwickelt. In den Wahlprogrammen zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2026 wird KI überwiegend als Instrument zur Steigerung administrativer Leistungsfähigkeit gerahmt: Durch den Einsatz Künstlicher Intelligenz sollen Verwaltungsprozesse effizienter und bürgerorientierter gestaltet sowie personelle Ressourcen entlastet werden. Trotz dieser grundsätzlichen Übereinstimmung offenbaren sich Unterschiede in der strategischen Schwerpunktsetzung. Die Unterschiede zeigen sich insbesondere in der unterschiedlichen Gewichtung zwischen der schnellen Umsetzung konkreter KI-Anwendungen und der Ausgestaltung tragfähiger Governance-Strukturen sowie technologischer Souveränität, etwa durch den bevorzugten Einsatz von Open-Source-Lösungen.

Für die Bewertung der „AI-Readiness“ in diesem Politikfeld ist daher entscheidend, wie sich die Parteien im Spannungsfeld zwischen innovativen Anwendungsfällen und normativen Rahmenbedingungen positionieren.

Strategische Leitbilder: „Governance-first“ versus „Speed-to-Market“

Ein zentraler Unterschied in den Wahlprogrammen liegt in der grundsätzlichen Herangehensweise an die KI-Transformation des Staates. Hier stehen sich insbesondere die Konzepte der SPD und der FDP gegenüber.

Das Wahlprogramm der SPD zeichnet sich durch eine risikosensible und prinzipiengeleitete Haltung zum Einsatz Künstlicher Intelligenz im öffentlichen Sektor aus. Für die SPD ist KI eine Technologie, die zwar große Chancen für den öffentlichen Sektor bietet, aber einer aktiven staatlichen Steuerung bedarf und demokratischen Werten verpflichtet sein muss. Die SPD verfolgt damit gewissermaßen einen „Governance-first-Ansatz“: Eine umfassende KI-Strategie und normative Leitlinien werden vor einen schnellen oder umfassenden Rollout von KI gestellt.

Demgegenüber begreift die FDP Künstliche Intelligenz nicht als langfristiges Innovationsprojekt des Staates, sondern als unmittelbares Modernisierungsinstrument und setzt bei der KI-Transformation des Staates vor allem auf Geschwindigkeit. Die Landesverwaltung soll als „Leuchtturm“ vorangehen. Vorgesehen sind Pilotprojekte und KI-Testfelder zur Erprobung neuer Anwendungen. Flankierend kündigt die FDP konkrete Investitionszusagen an: Im Landeshaushalt soll ein KI-Budget eingerichtet werden, das kurzfristig Testbetriebe ermöglicht und mit mindestens 30 Millionen Euro jährlich die Überführung erfolgreicher Pilotprojekte in den Regelbetrieb finanziert.

Die CDU verfolgt ebenfalls einen pragmatischen und umsetzungsorientierten Ansatz für den Einsatz von KI im öffentlichen Sektor, der sich stark auf ausgewählte Kernbereiche des Staates konzentriert.

Die Adressierung übergreifender Fragen beschränkt sich bei der FDP auf einheitliche Standards und den Aufbau von Digitalkompetenzen und bei der CDU auf Datenschutz. Kritisch zu betrachten ist, dass beide Parteien KI-gestützte Auswertungssysteme im grundrechtssensiblen Bereich der inneren Sicherheit planen, aber normative Leitplanken nicht näher formuliert werden.

Die Grünen schlagen einen Mittelweg ein, indem sie den staatlichen KI-Einsatz in eine umfassende Verwaltungs- und Bürokratiereform einbetten. KI wird dabei nicht als isoliertes Werkzeug verstanden, sondern als Bestandteil eines neu aufgestellten Staates. Zunächst soll unter breiter Beteiligung relevanter Stakeholder eine interoperable Verwaltungsarchitektur geschaffen werden, auf deren Grundlage KI als unterstützende Technologie für eine bürgernahe und leistungsfähige Verwaltung ausgerollt werden soll.

Konsens über menschliche Verantwortung für Entscheidungen

Trotz unterschiedlicher Leitbilder herrscht zwischen CDU, SPD, Grünen und FDP weitgehende Einigkeit über die Rolle des Menschen in einer KI-gestützten Verwaltung. Die Parteien betonen, dass KI menschliche Arbeit unterstützen und nicht ersetzen soll. Das entspricht dem Prinzip „Human-in-the-loop“, nach dem KI als unterstützendes Hilfsmittel eingesetzt wird und Menschen aktiv in automatisierte Entscheidungsprozesse eingebunden sind.

Die CDU bindet den KI-Einsatz in der Verwaltung ausdrücklich an die Bedingung, dass die Entscheidungsverantwortung weiterhin bei Menschen liegen muss.

Auch die SPD knüpft den Einsatz von KI an menschliche Kontroll- und Verantwortungsstrukturen, insbesondere in sensiblen Bereichen wie Verwaltung, Justiz und Polizei, in denen staatliche Entscheidungen unmittelbar in die Rechte und Lebensverhältnisse von Bürger:innen eingreifen.

Die Grünen und die FDP folgen ebenfalls dem Leitprinzip, dass Künstliche Intelligenz menschliche Arbeit unterstützen und nicht ersetzen soll. Beide Parteien differenzieren außerdem zwischen unterschiedlichen Anwendungsfällen: Durch Digitalisierung und KI sollen insbesondere Standardverfahren automatisiert werden, um Verwaltungsmitarbeiter:innen zu entlasten und Kapazitäten für komplexe Fälle freizusetzen, in denen menschliches Urteilsvermögen besonders relevant ist.

Priorisierung sektoraler Einsatzfelder

Die Wahlprogramme von CDU und FDP stellen bereits konkrete KI-Anwendungsfälle für Verwaltungsabläufe in Aussicht. Bei der Priorisierung von sektoralen Einsatzfeldern zeigen sich sowohl Überschneidungen als auch parteispezifische Akzente:

- **Justiz und innere Sicherheit:** Die CDU und die FDP sehen hier großes Potenzial, insbesondere in der KI-gestützten Aktenbearbeitung zur Beschleunigung von Gerichtsverfahren und in automatisierten Auswertungssystemen für die Polizeiarbeit.
- **Bauen:** Die FDP setzt mit dem Einsatz von KI im Baugenehmigungsverfahren einen klaren Schwerpunkt. Ziel ist eine Entlastung der Verwaltung, verkürzte Genehmigungszeiten, sinkende Baukosten und ein Impuls für den Wohnungsbau.
- **Verkehr:** Für die CDU liegt ein zentrales Einsatzfeld von KI im Verkehrsbereich. Mit Hilfe von Echtzeitdaten und KI-gestützten Verkehrssystemen sollen Staus reduziert, Emissionen gesenkt und die Verkehrssicherheit erhöht werden. Autonomes Fahren, digitale Mobilitätsdienste und automatisierte Logistik werden als Chancen beschrieben, insbesondere mit Blick auf die Sicherung von Mobilität im ländlichen Raum
- **Finanzverwaltung:** Die CDU sieht vor, die Steuerverwaltung weiter zu digitalisieren und dabei KI als Antwort auf demografisch bedingte Personalengpässe einzusetzen. Durch automatisierte Verfahren sollen personelle Ressourcen gezielt auf besonders entscheidungsrelevante Bereiche, etwa die Steuerfahndung, konzentriert werden.

Open-Source als Differenzierungsmerkmal

Ein markanter Unterschied zeigt sich in der Frage der technologischen Grundlage bei der öffentlichen Beschaffung von KI-Lösungen. SPD und Grüne sprechen sich ausdrücklich für Open-Source-Lösungen aus, während CDU und FDP eine technologie neutrale Position einnehmen.

Die SPD sieht quell offene Systeme als Grundlage, um Nachvollziehbarkeit und demokratische Kontrolle im öffentlichen Sektor zu gewährleisten. Die Grünen verknüpfen Open-Source zudem mit dem Ziel der digitalen Souveränität und verweisen auf F13 als souveräne KI-Lösung für die Verwaltung.

CDU und FDP bleiben in dieser Frage weniger spezifisch. Bei der CDU stehen vor allem die funktionale Erfüllung rechtlicher Vorgaben sowie der Datenschutz im Vordergrund, während die FDP Interoperabilität und einen schnellen, technologiegetriebenen Rollout priorisiert – weitgehend unabhängig von der zugrunde liegenden Entwicklungs- und Lizenzform.

Programmatische Leerstellen

Die Analyse der Wahlprogramme zeigt, dass die politische Debatte zur KI-Transformation der Verwaltung in diesem Wahlkampf von den Parteien der Mitte geführt wird. Die Wahlprogramme der Linken und der AfD bilden in Bezug auf den KI-Einsatz in der Verwaltung eine Leerstelle. Die Abwesenheit von Zielsetzungen, Einsatzfeldern oder regulatorischen Vorschlägen signalisiert, dass dieses Politikfeld von beiden Parteien derzeit nicht priorisiert wird. Damit fehlt diesen Parteien aktuell die programmatische Grundlage, um den technologischen Wandel im öffentlichen Sektor politisch zu gestalten.

Fazit: Politische Strategien auf dem Weg zur „AI-Ready“ Verwaltung

Zusammenfassend zeigen sich unterschiedliche strategische Zugänge zum Einsatz von KI in der Verwaltung: Die FDP setzt auf eine beschleunigte, stark umsetzungsorientierte Transformation, die SPD priorisiert eine risikobewusste Rahmensetzung, die Grünen verankern den KI-Einsatz im Rahmen einer umfassenden Verwaltungsreform, während die CDU einen pragmatischen, sektoralen Ansatz mit Fokus auf staatliche Kernfunktionen verfolgt.

Gemeinsam ist den Parteien der politischen Mitte das Bekenntnis zum „Human-in-the-loop-Prinzip“. Die zentralen Trennlinien verlaufen vor allem entlang der Finanzierungstiefe, der Umsetzungsgeschwindigkeit und der technologischen Offenheit.

Für einen wirksamen und verantwortungsvollen KI-Einsatz in der öffentlichen Verwaltung wird entscheidend sein, ob es der künftigen Landesregierung gelingt, operative Agilität mit normativer Tiefe zu verbinden.

2.3 Ökosysteme und Reallabore

Baden-Württemberg als Vorreiter für KI-Innovationsförderung

Baden-Württemberg befindet sich an einem entscheidenden Punkt der industriellen und technologischen Entwicklung. In den Wahlprogrammen von CDU, SPD, Grünen und FDP zeichnet sich ein gemeinsames Ziel ab: Baden-Württemberg soll nicht nur KI-Anwender, sondern europäischer Taktgeber für Künstliche Intelligenz werden.

Die Parteien der politischen Mitte setzen dabei auf zwei strategische Instrumente der Innovationsförderung: Reallabore (auch „Regulatory Sandboxes“), in denen KI-Anwendungen unter möglichst realen Bedingungen erprobt werden, sowie Innovationsökosysteme, die Akteure aus Forschung, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft vernetzen. Trotz dieser grundsätzlichen Übereinstimmung bestehen jedoch deutliche Unterschiede in der konkreten Umsetzung, insbesondere mit Blick auf Regulierungstiefe, staatliche Steuerung und ethische Leitplanken.

AfD und Linke beziehen in ihren Wahlprogrammen zu diesen Instrumenten hingegen keine eigenständigen Positionen.

Vernetzung durch KI-Ökosysteme

Zwischen CDU, SPD, Grünen und FDP besteht eine programmatische Schnittmenge in der Unterstützung und Weiterentwicklung bestehender KI-Ökosysteme in Baden-Württemberg. Insbesondere der Innovationspark Künstliche Intelligenz (IPAI) in Heilbronn wird parteiübergreifend als zentraler Standort hervorgehoben. Die Wahlprogramme unterscheiden sich jedoch in ihren Vorstellungen zur strategischen Ausrichtung und Vernetzung dieser Ökosysteme.

Die CDU verfolgt einen strukturpolitisch geprägten Ansatz und bringt mehrere konkrete Vorschläge ein. Als zentrales Element sind regionale „Hightech-Cluster“ vorgesehen, in denen Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Industrie, Startups sowie mittelständische Unternehmen Wissen austauschen und zusammenwirken sollen. Jede Region soll dabei ihre spezifischen Stärken einbringen. Ergänzend plant die CDU die Gründung einer neuen Landesuniversität mit einem klaren Fokus auf Künstliche Intelligenz. Ziel ist es, ein breites Ökosystem aus Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlichen Institutionen aufzubauen. Ein weiterer Schwerpunkt der CDU liegt auf der Stärkung der Cybersicherheit in Baden-Württemberg. Das IPAI soll dabei zu einem zentralen Standort für angewandte Cybersecurity ausgebaut werden.

Die SPD betont demgegenüber die Notwendigkeit einer stärkeren Dezentralisierung. Aus ihrer Sicht sollen „Leuchttürme“ wie der IPAI in Heilbronn oder das Cyber Valley in Stuttgart und Tübingen nicht isoliert wirken, sondern durch eine systematische Vernetzung von Forschungs- und Entwicklungsstandorten der gesamten Wirtschaft des Landes zugutekommen. In diesem Zusammenhang fordert die SPD eine umfassende KI-Strategie, die Innovationen landesweit fördert und gesellschaftliche Bereiche einbezieht.

Die Grünen verorten KI-Ökosysteme in Baden-Württemberg im Kontext europäischer technologischer Souveränität. Durch die Entwicklung von KI-basierten Produkten und Dienstleistungen „Made in Baden-Württemberg“ soll die Wettbewerbsfähigkeit des Landes gestärkt und die Abhängigkeit von außereuropäischen Technologiekonzernen verringert werden.

Die FDP schließlich signalisiert in ihrem Wahlprogramm eine vertiefte Zusammenarbeit mit dem IPAI, bleibt jedoch in Bezug auf konkrete Konzepte zur Weiterentwicklung von KI-Ökosystemen vergleichsweise vage.

Reallabore als Experimentierräume des Landes

In der aktuellen politischen Debatte nehmen Reallabore eine Schlüsselrolle als Brückenbauer zwischen technologischem Fortschritt und staatlicher Regulierung ein. Ein zentrales Unterscheidungsmerkmal der Parteipositionen liegt im Verständnis von Reallaboren als echte „Experimentierumgebungen“. Charakteristisch für Reallabore ist insbesondere die Möglichkeit, durch zeitlich befristete Ausnahmen (sogenannte Experimentierklauseln) von geltendem Recht abzuweichen, um neue Technologien, etwa KI-Anwendungen, unter realen Bedingungen in einem geschützten Raum nach dem „Trial-and-Error-Prinzip“ zu erproben. Das Prinzip des „Experimentierens“ wird in den Wahlprogrammen unterschiedlich deutlich aufgegriffen.

Am deutlichsten ist dieser Ansatz bei der CDU zu erkennen, die Reallabore als „Sonderwirtschaftszonen für Fortschritt“ explizit mit Deregulierung, Regelbefreiungsinitiativen und dem temporären Zurückstellen landesrechtlicher Vorgaben verknüpft. In mindestens zehn Reallaboren sollen landesrechtliche Beschränkungen weitgehend außer Kraft gesetzt werden, um Technologien zu erproben und schneller in den Markt zu überführen. Ein Alleinstellungsmerkmal der CDU ist zudem der lernende Charakter von Reallaboren, die auch als Testumgebung für neue Gesetze dienen sollen, bevor diese landesweit in Kraft treten.

Die Grünen verankern Reallabore stärker im europäischen Kontext und greifen das Konzept der „Regulatory Sandboxes“ auf. Damit wird der experimentelle Ansatz grundsätzlich anerkannt, bleibt jedoch auf einer eher konzeptionellen Ebene, ohne die konkrete Rolle rechtlicher Ausnahmen oder Experimentierklauseln näher auszuführen. Positiv ist der Fokus auf die gezielte Förderung und Zugang zu KI-Reallaboren von mittelständischen Unternehmen und Startups.

Die SPD wählt einen raumplanerischen Ansatz und verknüpft Reallabore mit dem Konzept von „Modellregionen“, in denen effizienzsteigernde Maßnahmen in räumlich begrenzten Gebieten getestet werden sollen, bevor sie flächendeckend zur Anwendung kommen. Ein Fokus liegt dabei auf der Einrichtung von „One-Stop-Agencies“, die Genehmigungsverfahren bündeln und vereinfachen sollen. Damit verfolgt die SPD einen vorsichtigen, eher abstrakten Ansatz: Im Fokus stehen vor allem Verfahrensbeschleunigung und administrative Anpassungen, während das experimentelle Testen von KI-Innovationen in regulatorischen Freiräumen nur indirekt adressiert wird.

Die FDP rückt Reallabore ins Zentrum ihrer sektoralen Modernisierungsstrategie und strebt eine Ausweitung in hochregulierten Bereichen wie dem Bauwesen, der Energiewirtschaft und dem Klimaschutz an. Damit bleibt das FDP-Programm in Bezug auf Reallabore vergleichsweise abstrakt und sektorbezogen und lässt ein umfassendes innovationspolitisches Gesamtkonzept, insbesondere mit Blick auf KI als systematisches Experimentierfeld, nur in Ansätzen erkennen.

Fazit: Innovationsökosysteme und Reallabore als zentrale Instrumente politischer KI-Gestaltung

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass CDU, SPD, Grüne und FDP KI-Ökosysteme und Reallabore zu Eckpfeilern ihrer KI-Politik machen, dabei jedoch unterschiedliche strategische Akzente setzen. Während die CDU auf großangelegte Strukturprojekte und eine weitgehende Deregulierung in Sonderwirtschaftszonen setzt, verfolgt die SPD eine landesweite Verteilung der Innovationsgewinne durch eine starke Vernetzung etablierter Ökosysteme und neuer „Modellregionen“. Die Grünen legen den Fokus auf europäische Kooperationen, digitale Souveränität und die Stärkung des Mittelstands, während die FDP Reallabore insbesondere als Hebel zur Förderung spezifischer Sektoren wie des Bauwesens begreift.

2.4 Bildung und Forschung

Bildung und Forschung im Zeitalter von Künstlicher Intelligenz

Bildung und Forschung zählen zu den strategischen Kernfeldern der Landespolitik in Baden-Württemberg. Als wissens- und innovationsgetriebener Standort ist das Land in besonderem Maße darauf angewiesen, seine leistungsfähige Hochschul- und Forschungslandschaft mit einem zukunftsfähigen Bildungssystem zu verbinden. Zugleich steht das Bildungswesen vor erheblichen Herausforderungen: Fachkräftemangel, ungleiche Bildungschancen, Investitionsbedarfe in Infrastruktur und Digitalisierung sowie die rasante technologische Entwicklung, insbesondere im Bereich der Künstlichen Intelligenz, erhöhen den Reformdruck. KI-basierte Anwendungen verändern nicht nur die Arbeitswelt, sondern auch die Anforderungen an Kompetenzen, Lehr- und Lernformen sowie die Rolle von Hochschulen als Transferakteure. In den Wahlprogrammen zur Landtagswahl 2026 wird Bildung folglich als Schlüssel für digitale Souveränität, gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit verstanden.

Digitalisierung und KI in Schule und beruflicher Bildung

In den Wahlprogrammen zeigt sich ein breiter Konsens darüber, dass digitale Kompetenzen künftig zur grundlegenden Bildung gehören müssen. Die Unterschiede liegen jedoch in der Schwerpunktsetzung und im Verständnis der Rolle von KI im Bildungsbereich.

Die Grünen formulieren Digitalisierung als Querschnittsaufgabe und betonen den Anspruch, Schulen nicht nur technisch auszustatten, sondern die digitale Bildung systematisch weiterzuentwickeln. KI wird dabei als Bestandteil einer modernen Lernumgebung verstanden, zugleich aber an ethische Leitplanken, Medienkompetenz und verantwortliche Nutzung gebunden. Der Fokus liegt auf Chancengleichheit und der Verbindung von technologischer Innovation mit gesellschaftlicher Verantwortung. Auch die CDU betont die Bedeutung digitaler Bildung, legt jedoch einen stärkeren Schwerpunkt auf die Vermittlung von Kompetenzen im MINT-Bereich sowie auf die Sicherung der technologischen Leistungsfähigkeit des Landes. Digitalisierung wird dabei vor allem als Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit und Fachkräftesicherung verstanden. KI wird primär als Zukunftstechnologie adressiert, deren Potenziale im Bildungssystem genutzt werden sollen, ohne dass der pädagogische Kernauftrag aus dem Blick gerät.

Die FDP vertritt einen besonders technologieoffenen Ansatz. Sie begreift Digitalisierung und KI als Modernisierungshebel für das Bildungssystem und setzt auf innovative Lehr- und Lernformen sowie eine stärkere Nutzung digitaler Tools. Der Staat soll nach liberalem Verständnis vor allem Rahmenbedingungen schaffen, damit Schulen und Bildungseinrichtungen flexibel neue Technologien einsetzen können. Regulierung wird eher als potenzielles Innovationshemmnis betrachtet.

Die SPD betont demgegenüber stärker die soziale Dimension. Digitale Bildung wird als Voraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe verstanden: Kompetenzen im Umgang mit Künstlicher Intelligenz sollen allen zugänglich sein und nicht zu neuen Ungleichheiten führen. Entsprechend verknüpft die SPD die Digitalisierung des Bildungswesens mit dem Anspruch, Chancengleichheit zu sichern und eine öffentliche Verantwortung für Ausstattung, Qualifizierung und Standards wahrzunehmen.

Die Linke begegnet der Digitalisierung und dem Einsatz von KI im Bildungsbereich deutlich kritischer. Sie warnt vor sozialen Ungleichheiten durch digitale Spaltung und vor einer zunehmenden Technologi-

sierung, die Bildungsprozesse beeinträchtigen könnte. Digitalisierung soll zwar genutzt werden, jedoch nur unter klaren sozialen und datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen und ohne eine Verdichtung von Leistungsanforderungen oder Tendenzen zur Privatisierung.

Die AfD zeigt sich insgesamt skeptischer gegenüber einer umfassenden digitalen Durchdringung des Bildungswesens. Sie betont stärker klassische Bildungsinhalte und äußert Vorbehalte gegenüber digitalen Reformprojekten. KI wird nicht als bildungspolitischer Schwerpunkt gesetzt.

Digitalisierung und KI in Hochschulen und Forschung

Neben der schulischen Bildung rückt in den Wahlprogrammen insbesondere die Rolle der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den Vordergrund. Baden-Württemberg wird von mehreren Parteien als führender Wissenschafts- und Forschungsstandort beschrieben, dessen Zukunftsfähigkeit eng mit KI-Forschung und Transferstrukturen verbunden ist.

Die Grünen betonen in ihrem Wahlprogramm den Ausbau von Forschungsclustern und Innovationsnetzwerken, in denen Hochschulen, außeruniversitäre Einrichtungen und Startups zusammenwirken. KI gilt als strategische Zukunftstechnologie, deren Entwicklung mit Nachhaltigkeits- und Transformationszielen verbunden werden soll. Forschungspolitik wird damit nicht nur als Standortpolitik, sondern auch als gesellschaftspolitische Gestaltungsaufgabe verstanden.

Die CDU ordnet KI-Forschung stärker in eine technologieoffene Hightech-Strategie ein. Hochschulen sollen zentrale Orte der Exzellenz- und Fachkräftebildung bleiben, insbesondere für industrielle Anwendungen. Forschung erscheint hier vor allem als Motor wirtschaftlicher Innovationskraft, weniger als Feld gesellschaftlicher Regulierung.

Die FDP rückt die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Hochschulen und den Transfer in marktfähige Anwendungen in den Mittelpunkt. Sie betont die Bedeutung von Innovationsfreiheit, technologiegetriebenen Ausgründungen und schlanken Strukturen. Forschung soll stärker in wirtschaftliche Dynamik übersetzt werden, wobei staatliche Steuerung zurückhaltend bleiben soll.

Die SPD unterstützt den Ausbau von KI-Forschung grundsätzlich, verbindet diesen jedoch mit Anforderungen an Transparenz, gesellschaftlichen Nutzen und regionale Breitenwirkung. Forschungspolitik soll nicht nur Exzellenz fördern, sondern auch sicherstellen, dass technologische Entwicklungen im Sinne des Gemeinwohls gestaltet werden.

Die Linke fordert eine stärkere demokratische Kontrolle von Forschung und Technologieentwicklung. KI-Forschung wird kritisch bewertet, insbesondere wenn sie primär wirtschaftlichen Interessen dient. Öffentliche Mittel sollen stärker gemeinwohlorientiert eingesetzt werden, etwa zur Entlastung gesellschaftlicher Bereiche, statt primär der Standortkonkurrenz zu dienen.

Die AfD formuliert keine Forschungspolitik im Bereich KI. Zwar wird technologische Entwicklung grundsätzlich anerkannt, zugleich dominiert Skepsis gegenüber europäischer Regulierung und staatlicher Innovationssteuerung.

Fazit: Bildungs- und Wissenschaftspolitik zwischen Kompetenzoffensive und sozialen Leitplanken

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Digitalisierung und Künstliche Intelligenz im Bildungs- und Forschungsbereich ein zentrales Zukunftsfeld der Landespolitik darstellen. Während ein breiter Konsens über die Notwendigkeit digitaler Kompetenzen besteht, zeigen sich programmatische Unterschiede in den zugrunde liegenden Leitbildern: Während CDU und FDP Digitalisierung und KI vor allem als Modernisierungs- und Wettbewerbsinstrument begreifen, verbinden Grüne und SPD technologische Innovation stärker mit gesellschaftlicher Verantwortung, Teilhabe und Regulierung. Linke und AfD setzen jeweils eigene Gegenakzente, wobei die Linke einen sozialkritischen Fokus auf Macht- und Ungleichheitsfragen legt, während die AfD der umfassenden Digitalisierung im Bildungsbereich insgesamt skeptisch gegenübersteht.

Damit wird Bildungspolitik im Landtagswahlkampf 2026 nicht nur als Infrastrukturfrage diskutiert, sondern als zentrale Voraussetzung dafür, wie Baden-Württemberg seine Innovationsfähigkeit, soziale Kohäsion und demokratische Gestaltungsfähigkeit im KI-Zeitalter sichern kann.

Handlungsempfehlungen für eine vertrauenswürdige KI-Politik in Baden-Württemberg

Übergreifende Steuerung

1. KI-Strategie des Landes dynamisch aktualisieren.

Die Landesregierung sollte die bestehende KI-Strategie fortlaufend an technologische Entwicklungen anpassen. So wird sichergestellt, dass Baden-Württemberg strategisch vorausschauend aufgestellt ist und auf neue Entwicklungen nicht nur reagiert, sondern diese aktiv mitgestaltet.

2. Zweckgebundenes KI-Budget im Landeshaushalt festlegen.

Die wirksame Ausgestaltung von KI-Rahmenbedingungen erfordert eine solide finanzielle Grundlage. Ein fest verankertes Budget sichert den Aufbau und Betrieb notwendiger Infrastrukturen, Förderprogramme und regulatorischer Maßnahmen.

3. Zentrale Steuerungsstrukturen institutionell verankern.

Um die KI-Transformation des Landes effizient zu koordinieren, sollten institutionelle Strukturen in der Landesregierung und Landesverwaltung geschaffen werden. Ein eigenes Digitalministerium oder ähnliche Strukturen könnten Kompetenzen bündeln und die ressortübergreifende Umsetzung der KI-Strategie zentral steuern.

Wirtschaft und Innovation

4. KI-Transfer und Skalierung im Mittelstand fördern.

Landespolitische Programme sollten gezielt den Transfer von KI-Forschung in die industrielle Anwendung unterstützen. Reallabore und Mittelstandsplattformen können dazu beitragen, KI-Innovationen praxisnah zu erproben, ihre Skalierung zu erleichtern und den wirtschaftlichen Nutzen zu stärken.

5. Gründungs- und Wachstumsbedingungen für KI-Startups verbessern.

Innovative Unternehmen aus Europa sind ein wesentlicher Bestandteil eines vertrauenswürdigen KI-Ökosystems. Um ihr Potenzial zu entfalten, sollte das Innovationsumfeld durch einen schnelleren Zugang zu Wagniskapital, unbürokratische Gründungsprozesse und Weiterentwicklung von Initiativen wie Start-up BW gestärkt werden.

6. Innovationspolitik mit Verantwortung verbinden: „Trustworthy AI made in BW“ als Standortmarke entwickeln.

Baden-Württemberg sollte sich international als Vorreiter für vertrauenswürdige und gemeinwohlorientierte KI positionieren. Diese Ausrichtung stärkt das Vertrauen in KI-Anwendungen und verschafft heimischen Unternehmen zugleich einen Wettbewerbsvorteil auf globalen Märkten.

Öffentliche Verwaltung

7. KI in der Verwaltung konsequent als Unterstützungsinstrument einsetzen - mit klarer menschlicher Verantwortung.

KI sollte in der Verwaltung gezielt als unterstützendes Werkzeug eingesetzt werden, um Routineprozesse zu automatisieren und dadurch Effizienz und Bürgerfreundlichkeit zu steigern. Bei Entscheidungen mit Grundrechtsrelevanz muss die Letztverantwortung jedoch stets beim Menschen verbleiben, um Vertrauen und Rechtssicherheit sicherzustellen.

8. Verbindliche Transparenz- und Prüfstandards für KI-Systeme im öffentlichen Sektor verankern.

Für den Einsatz von KI-Systemen im öffentlichen Sektor müssen bereits im Beschaffungsprozess klare Vorgaben zur Nachvollziehbarkeit und Diskriminierungsfreiheit gelten. Dafür sollten landeseigene Kompetenz- und Kontrollstrukturen aufgebaut werden, die eine kontinuierliche Prüfung und Durchsetzung dieser Standards gewährleisten.

9. Eine gesetzliche KI-Rüge für öffentliche Verwaltungsleistungen einführen.

Bürger:innen sollten ein formelles Instrument erhalten, um KI-gestützte Verwaltungsentscheidungen beanstanden zu können. Eine solche KI-Rüge sichert die Qualität der Verfahren und ermöglicht eine zeitnahe menschliche Überprüfung bei Fehlern oder Unklarheiten.

10. Digitale Souveränität durch offene, sichere und interoperable Systeme stärken.

Baden-Württemberg sollte beim KI-Einsatz in der Verwaltung primär auf Open-Source-Lösungen, europäische Standards und eigenständige Dateninfrastrukturen setzen, um Abhängigkeiten von einzelnen Technologiekonzernen zu reduzieren. Eine konsequente Ausrichtung auf Interoperabilität erleichtert zudem die Nachnutzung auf Bundes- und Landesebene.

Ökosysteme und Reallabore

11. Innovationsmandat für Aufsichtsbehörden gesetzlich verankern.

Damit Reallabore ihr Potenzial tatsächlich entfalten können, benötigen Behörden eine klare rechtliche Grundlage, die es ihnen ermöglicht, aktiv mit Innovator:innen zu experimentieren. Ein solches Mandat erlaubt ein kontrolliertes Abweichen vom klassischen Vorsorgeprinzip zugunsten eines iterativen Lernprozesses und einer modernen, lernorientierten Regulierungskultur.

12. Experimentierklauseln in Fachgesetzen ausbauen.

Um Reallabore als echte Experimentierräume zu etablieren, müssen bestehende Fachgesetze um spezifische Experimentierklauseln erweitert werden. Diese schaffen den rechtlichen Rahmen, um zeitlich begrenzt von bestehenden Vorgaben abzuweichen und KI-Innovationen unter realen Bedingungen zu testen.

13. Ein sektorübergreifendes KI-Reallabor aufbauen.

In der kommenden Legislaturperiode sollte ein KI-Reallabor mit sektorübergreifender Ausrichtung auf KI-Innovationen eingerichtet werden, das gezielt bestehende Experimentierklauseln nutzt. Der Fokus sollte dabei auf dem praxisnahen Erproben von KI-Systemen unter realen Markt- und Anwendungsbedingungen liegen und damit bewusst über eine rein konzeptionelle oder administrative Auseinandersetzung hinausgehen.

14. KI-Ökosysteme als vernetzte regionale Knotenpunkte stärken.

Die Landesregierung sollte KI-Ökosysteme, wie den IPAI, weiter fördern, die als zentrale Schnittstellen zwischen Forschung, Startups und Industrie fungieren. Eine gezielte Vernetzung regionaler KI-Leuchttürme schafft Synergieeffekte und beschleunigt den Wissenstransfer über Branchengrenzen hinweg. Dies stärkt die internationale Sichtbarkeit Baden-Württembergs und trägt dazu bei, KI-Innovationen schneller in die Marktreife zu überführen.

Bildung und Forschung

15. KI-Kompetenzen als neue Grundbildung etablieren – von Schule bis Weiterbildung.

Digitale und KI-bezogene Kompetenzen müssen systematisch in der Schul- und Hochschulbildung sowie in der beruflichen Weiterbildung verankert werden. Befähigung ermöglicht einen wirksamen und verantwortungsvollen Einsatz von Künstlicher Intelligenz und ist eine zentrale Voraussetzung für Handlungsfähigkeit im privaten wie im öffentlichen Sektor.

16. Interdisziplinäre Forschung und gesellschaftliche Anwendung stärken.

Neben der technischen Entwicklung muss die Forschung zu Ethik, Recht, Demokratie und der Zukunft der Arbeitswelt gestärkt werden. Interdisziplinäre KI-Zentren sollten sicherstellen, dass technologische Innovationen stets im Einklang mit gesellschaftlichen Werten stehen.

Über die Autor:innen



Jaimee Lau

j.lau@appliedai-institute.de

Jaimee Lau ist AI Strategist beim appliedAI Institute for Europe mit den Schwerpunkten Public Interest AI und AI Policy. In dieser Rolle widmet sie sich den politischen Rahmenbedingungen für die KI-Transformation und setzt sich für einen verantwortungsvollen Einsatz von Künstlicher Intelligenz im öffentlichen Sektor ein. Besonders beschäftigen sie Fragestellungen rund um den Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Dienste des Gemeinwohls.



Dr. Wolfgang Fischer

w.fischer@appliedai-institute.de

Dr. Wolfgang Fischer ist Director Operations, Projects and Policy beim appliedAI Institute for Europe. Zuvor war er über 15 Jahre in Ministerien des Landes Baden-Württemberg tätig und gehörte der Geschäftsführung einer Landesagentur an, die sich mit Innovation und Transformation im Mobilitätssektor befasst. Er ist promovierter Historiker und Politikwissenschaftler sowie Diplomkaufmann. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen an der Schnittstelle von Technologiepolitik, Innovation und Startups, staatlichem Handeln und Regulierung, Transformation und strategischer Standortentwicklung.



Demian Niemeyer

d.niemeyer@appliedai-institute.de

Demian Niemeyer ist als AI Regulatory Expert beim appliedAI Institute for Europe tätig. Sein fachlicher Schwerpunkt liegt an der Schnittstelle von technologischer Innovation und Regulierung, insbesondere in den Bereichen, in denen Akteure im Bereich Künstliche Intelligenz in hoch regulierten Sektoren trotz strenger Vorschriften Raum für Experimente und Risikobereitschaft finden. Darüber hinaus befasst er sich mit Fragen der Mensch-Maschine-Interaktion sowie mit rechtlichen Implikationen im Zusammenhang mit Deepfakes.

Über das appliedAI Institute for Europe

Das appliedAI Institute for Europe hat sich zum Ziel gesetzt, das europäische KI-Ökosystem zu stärken, Forschung im Bereich KI voranzutreiben, Wissen rund um KI zu entwickeln, vertrauenswürdige KI-Tools bereitzustellen und Bildungs- sowie Interaktionsformate rund um hochwertige KI-Inhalte zu schaffen. Als gemeinnützige Tochtergesellschaft der appliedAI Initiative wurde das Institut 2022 in München gegründet. Die appliedAI Initiative selbst ist ein Joint Venture aus UnternehmerTUM und IPAI. Die Leitung des Instituts obliegt Dr. Andreas Liebl und Dr. Frauke Goll.

Weitere Informationen finden Sie unter www.appliedai-institute.de.

Impressum

© appliedAI Institute for Europe – März 2026

Herausgeber und Kontakt

appliedAI Institute for Europe gGmbH
Freddie-Mercury-Straße 5
D-80797 München
+49 89 262 025 860
info@appliedai-institute.de
www.appliedai-institute.de

Geschäftsführung

Dr. Andreas Liebl
Dr. Frauke Goll

Die appliedAI Institute for Europe gGmbH wird unterstützt durch die IPAI Foundation gGmbH und ist eine Tochterfirma der appliedAI Initiative GmbH.

Autor:innen

Jaimee Lau
Dr. Wolfgang Fischer
Demian Niemeyer

Layout und Lektorat

Marina Zappone
Stefan Arifin

Lizenz

Der Text dieser Publikation unterliegt einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY 4.0) Lizenz. www.creativecommons.org/licenses/by/4.0/legal-code.de Davon ausgenommen sind die verwendeten Logos, diese sind urheberrechtlich geschützt.